



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vorsitzende des Unterausschusses für
Menschenrechte

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 08H160
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392

[barbara.lochbihler@
europarl.europa.eu](mailto:barbara.lochbihler@europarl.europa.eu)

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136

[eu-presse-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de)

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren
+49 172 8634544
+49 89 43597907

[wk-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:wk-lochbihler@gruene-europa.de)

Im Internet

www.barbara-lochbihler.de
www.facebook.com/barbara.lochbihler
www.twitter.com/blochbihler

RUNDBRIEF Oktober 2014

Themen in dieser Ausgabe

Abschottung: Kein Ende in Sicht
Die Neue: Frederica Mogherini
Gegen den Terror des Islamischen Staates
Mexiko: Straflosigkeit beenden
Gestrandet in Sizilien – ein Fachgespräch
Menschenrechte: mehr juristische Sicherheit in der EU
Ohne Todessgift keine Hinrichtung
Grüne Bayern: Klares Zeichen für eine andere Flüchtlingspolitik
Einstimmen auf die neue Legislaturperiode
Jetzt Red I Europa
Veranstaltungen
Press Corner

Redaktion

Christina Stober, Camilla Klein, Wolf-Dieter Vogel

Liebe Leserin, lieber Leser,

nun hat es eine Weile gedauert, bis mein nächster Rundbrief vorliegt. Kaum war die Sommerpause zu Ende, ging es in Brüssel wieder rund. Die vielen internationalen Konflikte beschäftigen uns sehr intensiv, und natürlich bleiben mir auch die alten Themen nicht erspart. Noch immer gibt es in der EU-Flüchtlingspolitik keine Fortschritte, die Schutzsuchende wirklich unterstützt. Doch für mich sind auch neue Zeiten angebrochen. Als menschenrechts- und außenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion bin ich nun intensiv in zwei Ausschüsse eingebunden. Was das heißt, könnt ihr, können Sie auf den folgenden Zeilen lesen. Viel Spaß mit dem Rundbrief wünscht

Barbara Lochbihler



Abschottung: Kein Ende in Sicht

Leben retten. Mit diesem Ziel ging vor einem Jahr das italienische Seenotprogramm Mare Nostrum an den Start. 140.000 Flüchtlinge konnten auf dem Mittelmeer gerettet werden. Dennoch wollen weder die EU noch die EU-Mitgliedstaaten das Fortbestehen des Projektes unterstützen. Alternativ soll nun Frontex Plus, auch Triton genannt, zum Einsatz kommen. Schon im Ansatz sind die beiden Programme grundverschieden. Bei Triton geht es in erster Linie um Abschottung. Nur ein Drittel dessen, was Mare Nostrum kostete – drei statt neun Millionen Euro – stellt Brüssel zur Verfügung. Mit weniger Ausrüstung soll nur ein Küstenbereich von 30 Seemeilen überwacht werden. Das italienische Programm reichte dagegen mit einem Einsatzgebiet von 160 Meilen fast bis Libyen.

Auf diese weitere Maßnahme, um Schutzsuchende von der EU fernzuhalten, machte ich am Tag des Flüchtlings, dem 26. September, aufmerksam. Wenige Tage später begann eine neue Grenzschutzoffensive: Über den gesamten Oktober hinweg waren tausende Polizisten angewiesen, auf Bahnhöfen und Flughäfen irreguläre Flüchtlinge aufzuspüren. Mos Maiorum wird die Aktion genannt. De facto heißt das, dass intensiv *racial profiling* betrieben wird: Wer keine weiße Hautfarbe hat oder aus anderen Gründen nicht dem Bild eines Europäers entspricht, läuft Gefahr, kontrolliert zu werden. Aber auch unabhängig davon ist Mos Maiorum durch nichts zu rechtfertigen. Flucht vor Krieg oder Verfolgung ist kein Verbrechen.

[Meine Pressemitteilung zum Tag des Flüchtlings](#)

Die Neue: Federica Mogherini



Nun ist es soweit: Am 1. November treten die neuen EU-Kommissarinnen und Kommissare ihr Amt an. Mit dabei ist Federica Mogherini. Die Italienerin wird die Kommission als Außenbeauftragte repräsentieren. Wir hatten vorher die Gelegenheit, mit Mogherini im Auswärtigen Ausschuss zu sprechen. Sie machte einen nachdenklichen und bedachten Eindruck. Erfreulicherweise berief sie sich in vielen Aspekten auf internationales Recht. Die

Menschenrechte bezeichnete sie als Herzstück europäischer Außenpolitik.

Auf meine Frage nach der Wahrung dieser Rechte in der Flüchtlingspolitik betonte sie, die EU habe die Pflicht, Menschenleben zu retten. Wie ihr Bekenntnis allerdings mit einer immer restriktiveren Abschottung zu vereinbaren ist, erklärte sie nicht. Auch mit Blick auf die Einhaltung strikter Menschenrechtskriterien bei der geplanten Nutzung europäischer Drohnen antwortete sie ausweichend. Drohnen seien nicht von Natur aus böse. Es käme vor allem darauf an, wie man sie nutze. Das mag stimmen, aber zumindest braucht es verbindliche Standards, die garantieren, dass internationales Völkerrecht eingehalten wird.

Mogherini hat gezeigt, dass sie zu komplexen außenpolitischen Themen Rede und Antwort stehen kann. Allerdings fehlt mir eine Vision davon, wie man sich angesichts der vielen internationalen Konflikte innerhalb der EU-Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame und einflussreiche Außenpolitik einigen will.

Ein gemischtes Bild also, das trotz allem Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit macht. Mogherini versprach, den regelmäßigen Austausch mit dem Parlament zu suchen. Allein das wäre eine deutliche Verbesserung, verglichen mit der kontaktscheuen Vorgängerin aus Großbritannien Catherine Ashton.

<http://barbara-lochbihler.de/1/themen/menschenrechte/designierte-eu-aussenbeauftragte-steht-rede-und-antwort.html>

Gegen den Terror des Islamischen Staates

Kein internationales Thema berührt derzeit so die Öffentlichkeit wie der Terror des Islamischen Staates (IS). Als außenpolitische Sprecherin der Fraktion habe auch ich mich eingehender mit der Frage beschäftigt, wie diese Milizen gestoppt werden können. Klar ist: Auch wenn bewaffnete Einsätze als letztes Mittel unvermeidlich erscheinen, muss bei jeder Initiative die Sorge um das Wohl der Zivilbevölkerung im Mittelpunkt stehen.

Um uns über die Lage vor Ort zu informieren, besuchten uns eine Kurdin und ein Kurde im Parlament. Bei einer Aussprache im Straßburger Plenum am 22. Oktober wurde zudem deutlich,

dass die EU noch immer keine nachhaltige regionale Strategie hat. Wir Grünen haben unterstrichen, dass die irakische Regierung gestärkt werden muss und die Genfer Gespräche unter Einbeziehung aller regionalen Kräfte fortgesetzt werden müssen.

Angesichts der vielen internationalen Konflikte wird es auch auf der Grünen-Bundesdelegiertenkonferenz um die Europäische Friedenspolitik gehen. In einem Antrag zum Thema kommt die Lage im Irak, in Syrien und in der Ukraine zur Sprache. Auch wenn es nicht einfach ist, steht für mich außer Frage: Jedes militärische Vorgehen muss durch ein Mandat der Vereinten Nationen abgesichert sein.

Wie so oft müssen wir auch jetzt wieder erleben, dass die Weltgemeinschaft erst reagiert, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Schon längst hätte zum Beispiel verhindert werden können, dass deutsche Waffen nach Saudi-Arabien und Katar geliefert werden. Aber die Merkel-Regierung macht leider das Gegenteil: Sie genehmigt weiter Rüstungsexporte in die Region und heizt damit den Krieg mit an.

[Video: Mein Kommentar im Straßburger Plenum](#)

Mexiko: Straflosigkeit beenden!

43 Studenten sind Ende September in Mexiko verschwunden, viele von ihnen wurden höchstwahrscheinlich brutal hingerichtet. Hinter dem mutmaßlichen Massaker stecken Kriminelle, lokale Polizisten sowie der Bürgermeister der Kleinstadt Iguala, wo der Angriff auf die Oppositionellen stattfand. Das Straßburger Plenum verabschiedete eine Eilresolution, um auf den Fall aufmerksam zu machen. Leider beschränkte sich die Mehrheit der Abgeordneten darauf, den Präsidenten Enrique Peña Nieto in seinem Kampf gegen die Mafia zu unterstützen. Dadurch blieb die Kritik an wichtigen Ursachen des Mordens und Verschwindenlassens in Mexiko außen vor: die hohe Straflosigkeit, die schlechte soziale Lage und die Zusammenarbeit vieler Politiker, Militärs und Juristen mit den Verbrecherbanden. Wir haben die Resolution deshalb nicht unterstützt.

Gemeinsam mit 16 weiteren Abgeordneten habe ich zuvor einen Brief an den mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto sowie die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und ihre Nachfolgerin Federica Mogherini geschickt. Zudem habe ich das Massaker gegenüber dem Wochenmagazin *proceso* kommentiert. Denn sowohl Mexiko-Stadt als auch Brüssel stehen in der Pflicht. Solange die mexikanische Regierung nicht genügend Anstrengungen unternimmt, um die Menschenrechtsslage in dem Land in den Griff zu bekommen, darf keine Neufassung des Globalen Abkommens vereinbart werden. Schließlich steht die Respektierung der Menschenrechte bei dieser Vereinbarung ganz oben.

[„Mexikos schmutziger Krieg und wir“ - mein Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau, 20. 10.](#)

Gestrandet in Sizilien – ein Fachgespräch



Gerettet - und jetzt? Vertreter des Jesuitischen Flüchtlingsdienstes im EP-Menschenrechtsausschuss

Der Weg nach Europa steht oft erst am Anfang einer langen Odyssee, die Flüchtlinge in der Hoffnung auf ein sicheres Leben auf sich nehmen müssen. Viele stranden in Italien: traumatisiert, in überfüllten Lagern oder auf der Straße, ohne Perspektive auf Arbeit. Ihnen wird in dem neuen Bericht des Jesuitischen Flüchtlingsdienst "Europe - Rescued what next? Protection seekers stranded in Sicily" eine Stimme gegeben.

Angelehnt an den Bericht blickten wir am 8. Oktober in einem Fachgespräch mit Vertretern des Flüchtlingsdienstes auf die

europäische Perspektive. Es steht außer Frage, dass hier Reformen nötig sind. Flüchtlinge finden sich in solch schwierigen Situationen wieder, weil sich viele Länder, auch Deutschland, weiterhin wehren, die Dublin- Verordnung abzuschaffen. Damit sorgen sie dafür, dass weiterhin nur das Land für die Schutzsuchenden zuständig ist, in dem sie in die EU eingereist sind.

Kritisch diskutierten wir auch über das Auslaufen der italienischen Mission "Mare Nostrum". Schon jetzt gibt Europa dreimal mehr Geld für den Ausbau seiner Grenzen als für die Unterstützung von Flüchtlingen aus. Wir brauchen mehr innereuropäische Solidarität, um Asylsuchenden die grundlegenden Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen.

[Zum Bericht des Jesuitischen Flüchtlingsdienstes](#)

Menschenrechte: Mehr juristische Sicherheit in der EU

Am 13. Oktober bin ich nach London gereist, um an einer Veranstaltung der Abgeordnetengruppe Parliamentarians for Global Action (PGA) im britischen Think Tank Chatham House teilzunehmen. Es ging um die Rolle regionaler Menschenrechtsgerichtshöfe wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. Alle 47 Mitgliedsstaaten des Europarats, dem neben den EU-Ländern auch etwa die Türkei, Russland und die Schweiz angehören, haben die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ratifiziert. Über deren Umsetzung wacht der EGMR.

Seit 2010 werden auch Verhandlungen über einen Beitritt der EU zur EMRK geführt. Dies hätte zur Folge, dass sich EU-Bürger nicht nur an das Straßburger Gericht wenden können, sondern auch Organe der EU der Rechtsprechung des EGMR unterlägen. Dies wäre beispielsweise ein großer Gewinn im Zusammenhang mit der Grenzschutzagentur FRONTEX und dem Umgang der EU-Agentur mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen.

Leider sind der Gerichtshof und insbesondere der Beitritt der EU zur EMRK unter EU-Mitgliedsländern nicht unumstritten. So stellt sich zum Beispiel die Londoner Regierung immer wieder quer. Die Wahl des Veranstaltungsortes in Großbritannien war daher kein Zufall. Trotzdem waren sich die meisten Teilnehmer einig: Der Gerichtshof trägt maßgeblich zur Förderung der Menschenrechte in Europa bei und ist als eine sich weiterentwickelnde Instanz zu betrachten.

Ohne Todesgift keine Hinrichtung

Reyhaneh Jabbari ist tot. Die Iranerin wurde am letzten Oktoberwochenende hingerichtet, weil sie einen Geheimdienstmitarbeiter ermordet haben soll. Sie selbst gab an, in Notwehr gehandelt zu haben, der Mann habe sie sexuell belästigt. Wieder eine Tote mehr, wieder eine Hinrichtung zu viel. Noch am 10. Oktober, dem Tag gegen die Todesstrafe, habe ich die Hoffnung geäußert, dass die Vollstreckung des Urteils verhindert werden kann.

Erfolgreicher war mein Einsatz gegen das staatlich angeordnete Töten in den USA. Vor zwei Jahren war der Medikamentenhersteller Fresenius Kabi unserer Forderung nachgekommen und hat die Lieferung des für Hinrichtungen benutzten Betäubungsmittels Propofol an die US-Vollstrecker der Todesstrafe eingestellt. Dies hatte zu Kritik geführt, weil die Verurteilten nun durch andere Arzneimittel einen qualvolleren Tod sterben müssten. Eine Anhörung im Menschenrechtsausschuss des EP im September hat jedoch bestätigt, dass der Lieferstopp sowie EU-Exportkontrollen eine kritische politische Debatte provoziert haben. Propofol war also ein Anfang. Inzwischen liefern immer weniger Produzenten die Gifte. In Pennsylvania und Georgia mussten Hinrichtungen verschoben werden, weil die Medikamente fehlten.

[Meine Pressemitteilung zum Tag gegen die Todesstrafe](#)

Grüne Bayern: Klares Zeichen für eine andere Flüchtlingspolitik

Auf unserer Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im Energiepark Hirschpark in Oberfranken haben wir bayerischen Grünen am 18. und 19. Oktober ein deutliches Zeichen für eine andere Flüchtlingspolitik gesetzt. Leider hat die CSU-Regierung an diesem Punkt vollkommen versagt. Schon lange war klar, dass die Zahl der Schutzsuchenden zunehmen wird, doch über Jahre hinweg haben die Konservativen zugeschaut und nichts unternommen. Die Konsequenzen: Überfüllte Wohnheime, vollkommen überlastete Aufnahmestellen, mangelnde medizinische Versorgung. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass die Christsozialen dieses Chaos durch ihr Nichtstun gezielt hervorrufen wollten.

Wir setzen uns dafür ein, dass tragfähige Modelle zur Verbesserung der Unterbringung, Beratung und ärztlichen Betreuung von Asylbewerbern in Bayern entwickelt werden. Dass wir es ernst meinen, zeigt der persönliche Einsatz vieler Aktivistinnen und Aktivisten. Immer wieder bin ich bei meinen Besuchen beeindruckt, wie viele grüne Ehrenamtliche in den Unterkünften und an anderer Stelle für Flüchtlinge aktiv sind.

Ganz besonders gefreut hat es mich, dass auf der LDK mein langjähriger Mitstreiter und erfahrener Politiker Eike Hallitzky zum Landesvorsitzenden gewählt wurde. Gemeinsam mit Sigi Hagl sind die beiden sicher ein Super-Team!

Einstimmen auf die neue Legislaturperiode



KV-Vorständetreffen im Regionalbüro von Ulli Leiner, MdL

Im September kamen mein Team und ich im Allgäu zusammen, um die Schwerpunkte meiner künftigen Arbeit zu setzen. Als menschenrechtspolitische Sprecherin der Grünen in der Europafraktion werde ich mich auch weiterhin intensiv mit der Identifikation und Durchsetzung menschenrechtlich relevanter Themen befassen. Von zentralem Stellenwert werden hierbei die Themen Menschenhandel, Frauen in bewaffneten Konflikten und die europäische Flüchtlingspolitik sein. Da ich nun zudem als außenpolitische

Sprecherin tätig sein werde, warten natürlich neue Aufgaben auf mich. Auch im Allgäu möchte ich weiterhin regelmäßig vor Ort über aktuelle Themen informieren. Hierfür traf ich mich mit den Kreisvorständen der Allgäuer Grünen in Immenstadt. Wir überlegten gemeinsam, welche regional relevanten Problemstellungen aktuell bestehen. Flucht und Asyl als auch die geopolitischen Krisen haben Auswirkungen auf das Allgäu. Aber auch die EU-Alpenstrategie wird in den kommenden Jahren von zentraler Bedeutung für die Region sein. Deren Entwicklung möchte ich in Brüssel und Bayern aufmerksam verfolgen.

Die Alpen selber konnten wir zum Abschluss an vier arbeitsintensive Tage schließlich bei einer Wanderung genießen. Hubert Endhardt, ausgebildeter Burgenführer und Vorstandsmitglied der Grünen Ostallgäu, führte uns zu den Burgruinen Eisenberg und Hohenfreiberg. Dort berichtete er uns aus der bewegten Geschichte der Region.

Jetzt Red I Europa

Es ging um Marmeladenverordnung und Finanzkrise, um Winzerregelung und Flüchtlingspolitik. Am 15. Oktober war ich mal wieder zu Gast in der Sendung „Jetzt Red I Europa“ des Bayerischen Rundfunks. Es bedarf doch immer einiges an Vorbereitung, um auch in Themen, die nicht gerade zu meine Spezialgebieten zählen, Stand zu halten. In der Sendung, die aus Volkach übertragen wurde, diskutierte ich mit dem AfD-Europaabgeordneten Joachim Starbatty.

[Zum Nachschauen: Jetzt Red I Europa](#)

Veranstaltungen:

6. November 2014: Kolumbien, endlich eine Chance für Frieden? Diskussion in der Heinrich-Böll-Stiftung mit Luis Guillermo Pérez, kolumbianischer Menschenrechtsverteidiger des Anwaltskollektivs José Alvear Restrepo und Monseñor Gustavo Girón Higueta, Bischof der Diözese Tumaco/Kolumbien, Berlin, Schuhmannstraße 8, 19 h

7. Dezember 2014: „Einwanderungsland Europa – Bedrohung oder Chance?“, Evangelische Akademie Tutzing, Schlosstr. 2+4, 82327 Tutzing, ab 11 h

Press Corner:

WDR-Funkhausgespräche: Brauchen wir eine andere Flüchtlingspolitik?, [Diskussion vom 23. Oktober](#)

Mexikos schmutziger Krieg und wir, [ein Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau vom 20. Oktober](#)

Jetzt red I Europa, [Talk-Runde im Bayerischen Rundfunk vom 15. Oktober 2012](#)

Menschenrechtspreis als Schutzschild, [ein Beitrag der Deutschen Welle vom 8. Oktober](#)

EU-Abgeordnete kritisieren Mexiko, [ein Beitrag des Nachrichtenpools Lateinamerika vom 11. Oktober](#)